

KOMMENTAR

Gemeinden investieren blindlings in die Tourismus-Infrastruktur

Private Geldgeber meiden zunehmend Investitionen in Bahnen, Hotels oder Heilbäder. Die Gemeinden springen in die Lücke, ohne die Risiken zu beachten.

Daniel Imwinkelried
1.6.2019, 09:00 Uhr

Im Folgenden ist von einer Entwicklung die Rede, die erst schleichend erfolgt, weshalb sie noch nicht als Risiko wahrgenommen wird: Die Gemeinden in den Schweizer Alpen stecken immer mehr Geld in die touristische Infrastruktur und setzen sich damit finanziellen Gefahren aus. Zwei Professoren der HTW Chur haben kalkuliert, um welche Summen es in Graubünden geht: Laut ihren Berechnungen besitzen die 25 bedeutendsten Feriendestinationen des Kantons touristische Aktiven im Umfang von 320 Mio. Fr. Dabei handelt es sich um Buchwerte; die tatsächlichen Finanzflüsse seien, so schätzen die Forscher, noch um einiges höher.

Nun stecken die Gemeinden ihr Geld beileibe nicht in Hotels, Bergbahnen oder Heilbäder, weil diese Einrichtungen ein gutes Geschäft wären. Vielmehr lassen spitz kalkulierende Privatanleger die Finger von solchen Investments. Ihnen sind die Renditeaussichten zu ungewiss geworden, und die Gemeinden springen als Lückenbüsser ein. Problematisch sind die Investitionen aus zwei Gründen: Erstens verzerrt die öffentliche Hand mit ihren Zuwendungen den Wettbewerb, und weil es im Alpentourismus eher ein Überangebot gibt, verzögert sie erst noch die Marktberreinigung. Selbstverständlich können die Bewohner eines Bergkantons nun einwenden, das lasse sich leicht sagen, wenn man in der reichen Grossstadt Zürich lebe. In den Bergen sei man schlicht auf den Fremdenverkehr angewiesen, um zu überleben. Das stimmt, doch gerade deshalb muss ein zweiter Punkt zu denken geben: Die Gemeinden sind mit ihren beschränkten Ressourcen in vielen Fällen wahrscheinlich nicht in der Lage, die Investitionen klug zu bewirtschaften.

Gstaad ist ein treffendes Beispiel dafür: Jahrelang hat die wohlhabende Gemeinde Saanen, zu der Gstaad gehört, Millionen in die Bergbahnen gebuttert. Eine Restrukturierung unterblieb lange Zeit, am Schluss wurde sie aber unausweichlich.